

Pressemitteilung

Nr. 253 vom 26. Oktober 2020

Seite 1 von 2

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Anstalt des öffentlichen Rechts
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de
Telefon: 0331 8173-1753 / -1750
Telefax: 030 9028-4091

20 Prozent weniger Verfahren gegen überschuldete Privatpersonen in Berlin

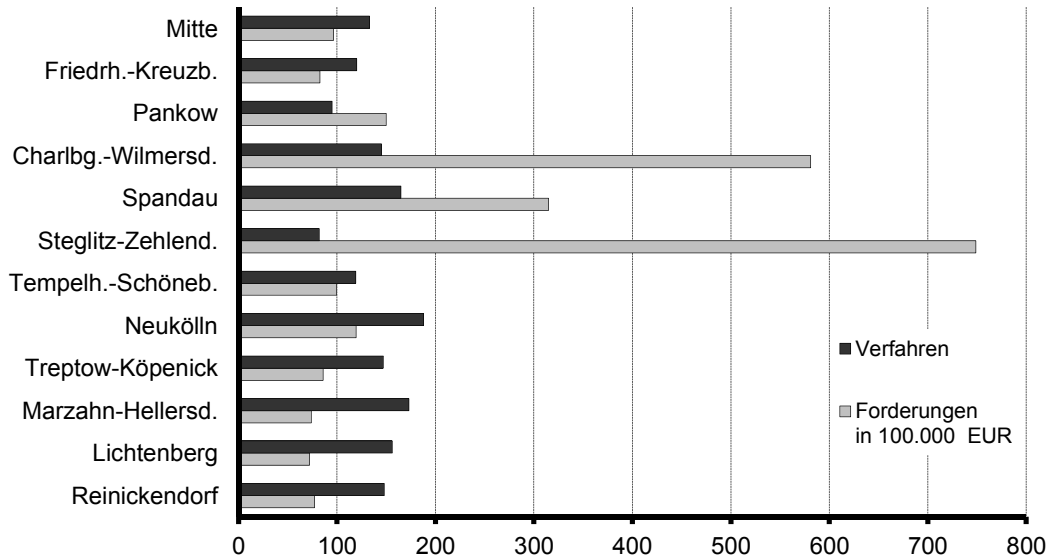
Im 1. Halbjahr 2020 wurden insgesamt 1 671 Insolvenzverfahren gegen „Übrige Schuldner“ (Gesellschafter, ehemals selbständig Tätige, Verbraucher sowie Nachlässe und Gesamtgut) gezählt. Das waren 20,0 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, teilt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit. Die voraussichtlichen Forderungen lagen mit 250,1 Mill. EUR reichlich ein Drittel über dem Vorjahresniveau (1. Halbjahr 2019: 183,6 Mill. EUR).

Nach den Meldungen der Berliner Amtsgerichte gelangten 1 561 Anträge (Anteil: 93,4 Prozent) zur Eröffnung. In 80 Fällen reichte das Vermögen der Schuldner nicht aus, um die Verfahrenskosten zu decken, so dass es zur Abweisung mangels Masse kam. Mit der Annahme eines bestätigten Schuldenbereinigungsplanes endeten 30 Verfahren.

Dossier zur Corona-Pandemie –
Direkt zu den statistischen Daten:



Insolvenzverfahren der übrigen Schuldner und voraussichtliche Forderungen in Berlin im 1. Halbjahr 2020 nach Bezirken



Bei den überschuldeten ehemals selbständig Tätigen kam es zu einem Rückgang um 3,6 Prozent auf 380 Personen, die einen Insolvenzantrag stellten. Mit einer Höhe von 156,1 Mill. EUR stiegen die offenen Forderungen auf mehr als das Doppelte (1. Halbjahr 2019: 69,9 Mill. EUR).

Die Anzahl der von einer Insolvenz betroffenen Verbraucher ging um fast ein Viertel auf 1 238 Personen (1. Halbjahr 2019: 1 618) zurück. Auch die voraussichtlichen Forderungen bei dieser Schuldnergruppe sanken deutlich von 109,7 Mill. EUR auf 57,4 Mill. EUR. Damit lag die durchschnittliche Verschuldung je insolventem Verbraucher mit rund 46 400 EUR unter dem Vorjahreswert von 67 800 EUR.

Nr. 253 vom 26. Oktober 2020
Seite 2 von 2

Die meisten Verbraucherinsolvenzen wurden im 1. Halbjahr in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg mit 156 bzw. 144 Verfahren und Schulden in Höhe von 5,9 bzw. 5,8 Mill. EUR gezählt. In Pankow wurden zwar mit 64 fast die wenigsten insolventen Verbraucher gezählt, die offenen Forderungen lagen hier aber mit 9,4 Mill. EUR. deutlich über dem Landesdurchschnitt von rund 146 300 EUR je Verbraucherinsolvenz. Die niedrigsten Forderungen pro Verbraucher verzeichnete Spandau mit 30 300 EUR.

Insolvenzen ausgewählter Schuldnergruppen in Berlin im 1. Halbjahr 2020 nach Bezirken

Bezirke	Übrige Schuldner					
	insgesamt		darunter			
			Ehemals selbstständig Tätige		Verbraucher	
Anzahl	Forderungen in Mill. EUR	Anzahl	Forderungen in Mill. EUR	Anzahl	Forderungen in Mill. EUR	
Mitte	133	9,6	50	4,8	81	4,3
Friedrichshain-Kreuzberg	120	8,3	23	4,1	94	3,7
Pankow	95	15,0	31	5,6	64	9,4
Charlottenburg-Wilmersdorf	145	58,1	58	43,1	67	2,8
Spandau	165	31,5	35	7,4	124	3,8
Steglitz-Zehlendorf	82	74,9	22	71,5	56	2,9
Tempelhof-Schöneberg	119	10,0	35	5,4	79	3,2
Neukölln	188	11,9	43	5,5	142	6,2
Treptow-Köpenick	147	8,6	24	2,9	122	5,4
Marzahn-Hellersdorf	173	7,4	15	1,5	156	5,9
Lichtenberg	156	7,2	11	1,4	144	5,8
Reinickendorf	148	7,7	33	2,8	109	4,1
Berlin	1 671	250,1	380	156,1	1 238	57,4

Hinweis im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie: Effekte auf das Insolvenzgeschehen, die mit der Änderung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusammenhängen, sind in der Statistik nur mit einem erheblichen Zeitverzug zu beobachten. Dies liegt allein schon an dem gesetzlich festgelegten Ablauf, der bei vereinfachten Verfahren zunächst einen außergerichtlichen Einigungsversuch vorschreibt sowie an der regulären Bearbeitungszeit von der Beantragung bis zur Eröffnung eines Verfahrens beim Insolvenzgericht. Darüber hinaus ist die teilweise vorübergehend eingeschränkte Arbeitsfähigkeit der Schuldnerberatungsstellen und Insolvenzgerichte ein möglicher Grund für verzögerte Beantragungen.

Über das Datenangebot des Bereiches **Insolvenzen** informiert:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Telefon: 0331 8173-1341, Fax: 030 9028-4046

E-Mail: insolvenzen@statistik-bbb.de

